

Stand: 27.04.2024 06:58:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8256

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes"

---

Vorgangsverlauf:

1. Gesetzentwurf 16/8256 vom 06.04.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 12.05.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/9833 des HO vom 13.10.2011
4. Beschluss des Plenums 16/9941 vom 20.10.2011
5. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 20.10.2011

## Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Franz Maget, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Isabell Zacharias, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Reinhold Strobl, Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

#### A) Problem

Nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg wird die künftige Regierungskoalition schon zum Wintersemester 2011/12 die Studienbeiträge abschaffen. Damit bleibt Bayern neben Niedersachsen das einzige Bundesland, das Studienbeiträge erhebt und damit an den sozialen Barrieren zu einem Hochschulstudium festhält.

Unter diesen Voraussetzungen droht ein Abwandern der Studierenden vor allem an die Hochschulen der Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg, die das Studium kostenfrei anbieten. Die bayerischen Hochschulen werden in harter Konkurrenz zu attraktiven Hochschulstandorten in den Nachbarländern stehen und qualifizierte Abiturienten aus Bayern verlieren.

Die Abschaffung der Studienbeiträge ist eine Voraussetzung für die Chancengleichheit beim Hochschulzugang. Soziale Herkunft und Einkommen der Eltern entscheiden in Deutschland wie in keinem anderen Industrieland darüber, wer ein Hochschulstudium aufnimmt. Studienbeiträge erhöhen die ohnehin schon bestehenden sozialen Barrieren noch weiter.

Der dringend notwendige Anstieg der Akademikerzahlen, wie es von der Wirtschaft gefordert wird, ist nur zu erreichen, wenn Studierende aller Herkunftsgruppen stärker an den Hochschulen vertreten sind. Ziel der bayerischen Hochschulpolitik muss sein, jungen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten eine fundierte Ausbildung zu ermöglichen.

#### B) Lösung

Die Studienbeiträge für das Hochschulstudium an bayerischen Hochschulen werden abgeschafft.

#### C) Alternativen

Keine

#### D) Kosten

Durch die Abschaffung der Studienbeiträge entstehen den Hochschulen jährliche Einnahmeeinbußen in der Höhe von derzeit ca. 150 Millionen Euro. Diese sollen künftig aus dem Staatshaushalt getragen werden.



## **Gesetzentwurf**

### **zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes**

#### **§ 1**

Das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes 23. Februar 2011 (GVBl S. 102), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird im Ersten Teil der Abschnitt VI wie folgt geändert:
  - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
„Abschnitt VI *(aufgehoben)*“
  - b) In Art. 71 werden die Worte „Studienbeiträge und Gebühren“ durch den Klammerhinweis „*(aufgehoben)*“ ersetzt.
2. Im Ersten Teil wird der Abschnitt VI wie folgt geändert:
  - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:  
„Abschnitt VI *(aufgehoben)*“
  - b) Im Art. 71 werden die Worte „Studienbeiträge und Gebühren“ durch den Klammerhinweis „*(aufgehoben)*“ ersetzt.

#### **§ 2**

Dieses Gesetz tritt am ..... in Kraft.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Bernd Sibler

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Ulrike Gote

Abg. Dr. Annette Bulfon

Abg. Bernhard Pohl

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich darf aufrufen Tagesordnungspunkt 2 c:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/8256)**

**- Erste Lesung -**

Auch dieser Gesetzentwurf wird vonseiten des Antragstellers begründet. Ich eröffne damit auch gleich die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Rabenstein. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Rabenstein.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei diesem Gesetzentwurf, den wir aus aktuellem Anlass eingebracht haben, geht es um die Abschaffung der Studienbeiträge oder Studiengebühren. Wir haben dafür mehrere Gründe.

Als Erstes möchte ich ansprechen, dass durch die Abschaffung der Studienbeiträge die Chancengleichheit zunehmen würde. Es geht hier also um soziale Gerechtigkeit, und die Sozialdemokraten stehen nun einmal seit weit über 100 Jahren für soziale Gerechtigkeit. Deswegen sind wir auch für die Abschaffung der Studienbeiträge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nach wie vor haben wir ein Ungleichgewicht. Das heißt, Kinder aus sozial schwächeren Familien haben in unserem Bildungssystem sehr viel weniger Chancen. Deswegen heißt für uns die Devise: Bildung muss kostenlos sein.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Eines sage ich auch in diesem Zusammenhang ganz deutlich: Wir wollen, dass die Kindergartenbeiträge abgeschafft werden. Wir wollen also, dass die Kinder auch von der Vorschulerziehung kostenlos Gebrauch machen können. Dasselbe wollen wir

auch in der Schule - dort ist es schon so -, im Gymnasium und bei den Hochschulen. Deswegen heißt unsere Forderung - ich kann das nur wiederholen -: Bildung muss kostenlos sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben in den letzten Wochen eine Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung mit dem Titel "Auswirkungen und Verwendung von Studienbeiträgen in Bayern 2009" vorgelegt bekommen. Der Kollege Dr. Fahn hat sie auch dabei.

In dieser Studie wird noch einmal deutlich, wie ungerecht die Bildungschancen verteilt sind. Hier wird untersucht, welchen Bildungshintergrund, welchen sozialen Hintergrund die einzelnen Studierenden haben. Sie werden dabei in vier Kategorien eingeteilt: niedriger, mittlerer, gehobener und hoher Bildungshintergrund. 13 % haben einen niedrigen Bildungshintergrund, kommen aus niedrigen sozialen Schichten. Bei den mittleren sind es 26 %, bei den gehobenen 24 % und bei der höchsten Stufe, also bei der Stufe "hoch", sind es 37 %. Dabei haben wir noch einen Unterschied zwischen Fachhochschulen, den Hochschulen für angewandte Wissenschaft, und Universitäten. Bei den Universitäten kommen nur 10 % aus den niedrigen Bildungsschichten, dafür aber 45 % aus den höchsten Bildungsschichten. Dagegen wollen wir etwas tun.

Eine zweite Zahl ist für mich auch noch interessant: Wie werden diese Studienbeiträge finanziert? Diese Studie klärt uns auf, dass 65 % der Studienbeiträge durch Eltern finanziert werden und nur 3,7 % durch Darlehen. Das heißt auch, dass Eltern mit einem finanziell guten Background überhaupt keine Probleme haben. Ich sage auch, dass mich die 500 Euro für meine Kinder, die zurzeit studieren, nicht umbringen. Aber für jemanden, der wenig Geld hat, entsteht natürlich schon ein Problem. Für mich ist vor allen Dingen die Schranke im Kopf das Entscheidende, dass man also von vornherein sagt: Nein, du gehst lieber nicht auf die Universität oder auf die Hochschule, obwohl

vielleicht die Voraussetzungen dafür vorliegen. Deswegen kann unsere Forderung nur heißen: Abschaffung der Studiengebühren, um Chancengleichheit herzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und des Abgeordneten Dr.Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Der zweite aktuelle Punkt ist - ich habe gesagt, unser Gesetzentwurf greift auf aktuelle Gegebenheiten zurück: In Baden-Württemberg werden die Studiengebühren definitiv abgeschafft, entweder schon in diesem oder im nächsten Jahr. Das ist jedenfalls Fakt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Bayern und Niedersachsen sind dann die einzigen Bundesländer, die noch Studienbeiträge erheben. 2012 sind in Niedersachsen Wahlen. Wenn die Umfragen stimmen, können wir davon ausgehen, dass auch dort ein Regierungswechsel stattfinden wird. Dann wird Bayern als einziges Land noch diese Studienbeiträge haben.

Da muss ich mich schon fragen: Was kann denn der bayerische Abiturient, die bayerische Abiturientin dafür, dass er bzw. sie gerade in Bayern lebt und dass Bayern als einziges Bundesland noch diese Studienbeiträge hat? Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich kommt dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Gefahr der Abwanderung besteht. In dem Moment, wo wir den doppelten Abiturientenjahrgang haben, mag das vielleicht noch nicht so gravierend sein. Aber es kommen auch geburtenschwächere Jahrgänge, und dann werden wir eine Abstimmung mit den Füßen erleben, da viele sagen werden: Warum soll ich in Bayern studieren? Die Universitäten in Baden-Württemberg oder auch in Hessen, um nur die Nachbarbundesländer zu nennen, sind auch nicht schlecht.

Wir in Bayern brauchen die klügsten Köpfe bei uns. Wenn jemand in einem anderen Bundesland studiert hat, ist natürlich auch die Gefahr groß, dass er dort bleibt. Das

heißt, allein schon aus dem Grund, dass wir im Moment zusammen mit Niedersachsen und wahrscheinlich bald als einziges Bundesland Studienbeiträge erheben, obwohl wir die Hochschulen auch selber finanzieren könnten, müssen die Studiengebühren abgeschafft werden.

Noch etwas zur Finanzierung: Natürlich haben wir in unseren Gesetzentwurf hineingeschrieben, dass das auch Geld kostet. Bei den Kosten haben wir 150 Millionen Euro genannt; denn zum Nulltarif bekommen wir das nicht. Das wissen wir auch. Die Universitäten und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften brauchen natürlich das Geld. Deswegen sind die meisten Präsidenten und Kanzler für Studienbeiträge. Sie wären es nicht, wenn der bayerische Staat diese Kosten übernehmen würde. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, als Letztes möchte ich auch noch Folgendes ansprechen. Wir haben es beim Atomausstieg gemerkt: Die CSU ist lernfähig. Die CSU hat hier eine Kehrtwende vollzogen, die wirklich erstaunlich ist.

(Harald Güller (SPD): Verbal!)

- Ja, verbal. Herr Söder hat hier gesagt, die CSU sei noch nie die Partei der Atomenergie gewesen. Da haben wir alle bloß gestaunt. Mich würde es nicht wundern, wenn sich Herr Söder in Veitshöchheim nächstes Mal als Windrad verkleiden würde. Ich hoffe auch, dass die CSU vielleicht einmal auf die Idee kommt, zu sagen: Die Studienbeiträge werden aus den genannten Gründen wieder abgeschafft, und wir waren noch die Partei, die Studienbeiträge wirklich unterstützt hat. - Das ist meine Hoffnung!

Ich sage es auch ganz deutlich: Wenn Sie dies in den nächsten zwei Jahren nicht zustande bringen und dieser Gesetzentwurf wieder scheitern sollte, dann werden wir 2013 - da bin ich mir sicher -, dann in Regierungsfunktion, als Erstes die Studienbeiträge abschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das hoffe ich noch zu erleben. Sie können es schneller haben, wenn Sie unserem Gesetz entsprechend zustimmen. Ich freue mich schon auf die Auseinandersetzungen im Ausschuss und jetzt auf die weitere Diskussion.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rabenstein. Nächster Redner ist Herr Kollege Sibler, ihm folgt Herr Dr. Fahn. - Jetzt spricht für Sie Herr Sibler, Herr Goppel. Ist das in Ordnung? - Sie können mir nachher signalisieren, ob Sie dem beitreten, was er jetzt sagt. Herr Kollege Sibler, bitte.

**Bernd Sibler (CSU):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es lag auf der Hand, dass nach den letzten aktuellen Entscheidungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg das Thema "Studienbeiträge" auf die Tagesordnung kommt.

Die politische Lage mag sich zwar verändert haben, aber die geltenden Fakten sind immer noch die gleichen. Lieber Herr Kollege Rabenstein, Sie haben diese IHF-Studie zitiert. Aber gerade diese IHF-Studie hat die Befürchtungen, die die Opposition vor Einführung der Studienbeiträge formuliert hatte, eben nicht bestätigt.

Bayern legt bei den Studierendenzahlen zu, und wir verlieren nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Das ist auch in Gebieten zu verzeichnen, die an Hessen oder Thüringen angrenzen und die schon längst keine Studienbeiträge mehr haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Qualität setzt sich eben durch.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):  
Wie lange noch?)

Das lässt auch Schlüsse zu auf das, was in Baden-Württemberg passieren könnte. Natürlich werden wir diese Situation und diese Entwicklung sehr genau zu beobachten haben.

Bayern - darauf will ich auch hinweisen - hat sehr großzügige Befreiungstatbestände, sodass etwa ein Drittel der in Bayern Studierenden gar keine Studienbeiträge zu bezahlen hat. Gerade auch in dieser Periode - der eine oder andere mag es schon wieder vergessen haben - haben wir erneut weitere Befreiungstatbestände auf den Weg gebracht. Ich will nur die Drei-Kinder-Regelung nennen.

Es ist auch nachweisbar, dass durch die Einführung von Studienbeiträgen die Qualität an den bayerischen Hochschulen deutlich zugenommen hat. Ich darf nur die Zahl der zusätzlichen Tutorinnen und Tutoren und die verbesserte Sachausstattung anführen.

Baden-Württemberg plant eine Befreiung zum Sommersemester 2012. Wie wird die Kompensation dort ausfallen? Wie geht man da mit dem doppelten Abiturjahrgang um, der erst nachher kommen wird? Wird man den auch schon einrechnen? Was wird da passieren?

Jetzt lese ich mit großem Vergnügen in der Zeitschrift des Philologenverbandes, die draußen auch ausliegt: "Lehrerstellen werden gekürzt und zurückgenommen." Das sind die ersten Wahlversprechen, die von einer grün-roten Regierung, die noch gar nicht im Amt ist, nicht mehr gehalten werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans-Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Nordrhein-Westfalen plant die Abschaffung zum Wintersemester 2011. 250 Millionen Euro stehen zur Kompensation im Plan. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist alles schuldenfinanziert, und der nordrhein-westfälische Haushalt ist immer noch als verfassungswidrig eingestuft.

Auch Sie, Herr Rabenstein, wollen wieder alles: kostenloses Kindergartenjahr, keine Studienbeiträge; alles, was man sich wünschen kann, soll eingeführt werden.

Aber man stellt deutlich fest, dass eine massive Nervosität in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen um sich greift, weil keiner wirklich genau weiß,

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

wie das umgesetzt werden soll.

- Nein, an den Universitäten, lieber Kollege Roos, weil die eben noch nicht wissen, wie es weitergehen soll.

Dann darf ich doch gleich zitieren. Der ansonsten eher kritische Präsident der LMU München hat sich erst vor Kurzem eindeutig für die Beibehaltung der Studienbeiträge ausgesprochen.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Fakten nennen: Zum einen darf man darauf hinweisen, dass der Steuerzahler hier in Bayern je nach Richtung pro Student zwischen 150.000 Euro und 200.000 Euro zu bezahlen hat. Der Handwerker zahlt für seine Meisterprüfung alles selbst. Die Studierenden - das sei das zweite Faktum, das noch genannt sein soll - verdienen im Durchschnitt nach Abschluss ihres Studiums im Berufsleben mehr als die anderen Gruppen. Auch das gilt es in der politischen Diskussion zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Sie zahlen auch mehr Steuern!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Herr Kollege. Nächster Redner ist Herr Dr. Fahn, bitte. Ihm folgt Frau Gote.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 19.11.2010 teilte Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch den Universitäten in Bayern mit, dass es endlich an der Zeit sei, die seit 2007 angehäuften Restmittel von 106 Millionen Euro, die aus den Studiengebühren stammen und immer noch auf Halde liegen, auszugeben. Sogar der RCDS, der der CSU relativ nahe steht, reagierte sehr

verärgert und betrachtete den Heubisch-Appell zum Geldausgeben als Beleg dafür, dass die Studiengebühren höher sind, als sie sein müssten.

Ich habe mir gedacht, ich stelle eine Schriftliche Anfrage, um das Ganze im Detail zu erfahren. Am 12.01.2011 habe ich die Schriftliche Anfrage gestellt zu Ursachen der Geldanhäufung mit der Bitte um ganz genaue Auflistung der konkreten Verwendung dieser Studiengebühren. Ich habe gestern die Antwort bekommen; es ist aber auch nur eine Zwischenantwort. Das Wissenschaftsministerium braucht immer noch Zeit, um das Ganze zu analysieren. Ich darf hoffen, dass diese meine Schriftliche Anfrage bis Ende Juli beantwortet wird. Aber zumindest eines steht in diesem Zwischenbericht, dass nämlich bis Ende 2010 nur noch 99,8 Millionen Euro, also rund 100 Millionen Euro, nicht ausgegeben wurden. Also: 106 Millionen Euro lagen auf Halde, und 100 Millionen Euro sind noch da. Trotz eines Brandbriefes von Wissenschaftsminister Heubisch, diese Restmittel von 106 Millionen Euro endlich auszugeben, gelang es dem Wissenschaftsministerium also lediglich, dieses Polster um 6 Millionen Euro abzubauen, meine Damen und Herren.

Wir empfinden das als einen Skandal angesichts der Tatsache, dass noch zusätzlich Studiengebühren bezahlt werden müssen. Es gab nämlich noch zusätzlich 152 Millionen Euro Einnahmen aus den Studiengebühren - plus diese 100 Millionen Euro. Das ist, meine ich, zu viel, was hier den Studenten aus der Tasche gezogen wird.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wie sollen sie es verstehen, dass sie Summen bis zu 500 Euro zahlen müssen, während gleichzeitig so viele Millionen auf Halde liegen?

Deswegen finden wir den Aufruf der Studenten "SOS - Studieren ohne Studiengebühren" richtig. Das muss unser Ziel sein, meine Damen und Herren.

Dies bestätigen auch verschiedene Universitäten öffentlich. Zum Beispiel konnte man am 10. Februar im "Donaukurier" nachlesen, dass die Universität Eichstätt-Ingolstadt

im Jahre 2010 700.000 Euro nicht ausgegeben hatte. Oder auch: Die Universität Würzburg wurde gezwungen, Möbel aus Studiengebühren zu finanzieren, weil noch zu viel Geld auf Halde war. Das sind keine richtigen Verwendungszwecke, muss ich ganz klar sagen. Diese Beispiele zeigen ganz deutlich, dass die Akzeptanz für die Studiengebühren einfach fehlt.

Jetzt sagen Sie, das stimmt nicht. Aber es stimmt schon, und zwar gibt es eine Untersuchung der Universität Hohenheim, die jedes Jahr durchgeführt wird. Sie untersucht die Zufriedenheit der Studenten bezüglich der Studiengebühren. Sie haben zum Beispiel im Jahre 2010 bundesweit 5.200 persönliche Interviews geführt. Die schlechtesten Bewertungen gibt es für Bayern in Sachen Transparenz. Nur 20 % der Studenten in Bayern fühlen sich über die Verwendung der Studiengebühren gut und richtig informiert. Das, meine ich, ist einfach zu wenig. Es ist nicht gelungen, den Studenten das konkret deutlich zu machen.

Deswegen kann die Forderung eigentlich nur lauten: Abschaffung der Studiengebühren. Wir haben diese Position schon seit 2007 und meinen, dass diese Studiengebühren auch einem zukunftsorientierten Bildungskonzept widersprechen. Von den Studiengebühren ist vor allem die Mittelschicht betroffen. Die Oberschicht hat das Geld ohnehin, und Studenten aus der Unterschicht bekommen das Geld zum Teil aus dem BAföG. Deswegen betrifft es vor allem die Mittelschicht.

Aus diesen Gründen können wir durchaus nachvollziehen, dass immer mehr Bundesländer die Studiengebühren wieder abgeschafft haben. Kollege Rabenstein hat es schon gesagt: In Kürze werden nur noch Niedersachsen und Bayern übrig bleiben.

Für die Staatsregierung ist es jetzt natürlich sehr bedauerlich, dass die sogenannte Südschiene auch in der Bildungspolitik zerbrochen ist. Wir meinen, das führt mittel- und langfristig zu einer Schwächung des Bildungsstandortes Bayern. Wie wollen Sie einem Studenten klar machen, dass er in München studieren und dafür 500 Euro bezahlen soll, wenn er in Heidelberg, Freiburg oder Karlsruhe - das sind auch sehr gute

Universitäten - für den gleichen Studieninhalt keine Gebühren bezahlen muss? Dies sage ich vor dem Hintergrund steigender Mietpreise, auf die in den Medien immer wieder hingewiesen wird, und höherer Lebenshaltungskosten. Da wird es natürlich sehr schwierig. Das gilt auch für die Landeshauptstadt München.

Allerdings sind die Probleme, die durch den doppelten Abiturjahrgang entstehen, im Moment noch nicht sichtbar. Das wird erst in einigen Monaten oder Jahren der Fall sein. Dann werden sich die Verhältnisse auch auf die Naturwissenschaften auswirken. Diese sind für die Wirtschaftskraft eines Landes sehr wichtig. Bayern wird dann das Nachsehen haben.

Herr Heubisch, Sie haben am 07. April, als die Abschaffung der Studiengebühren vorgeschlagen wurde, gesagt, das sei ein Weg in den Schuldenstaat. Nach unserer Ansicht ist diese Aussage fundamental falsch.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege, ich muss Sie leider darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit schon überschritten ist.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Wir meinen, dass die Studiengebühren abgeschafft werden sollten. Das Studium sollte vom Staat finanziert werden. Wir meinen, dass das eine exzellente Wirtschaftsförderung ist. Diese Zukunftsinvestition müssen wir machen. Dafür ist der Staat zuständig. Deshalb sind wir für den Gesetzentwurf der SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gote. Ihr folgt Frau Bulfon.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist wieder einmal der richtige Zeitpunkt, hier über die Abschaffung der Studiengebühren zu reden. Insofern ist der Gesetzentwurf richtig und wichtig. Wir haben das Thema zuletzt bei den Haushaltsberatungen besprochen und tun es jetzt erneut.

Natürlich gibt es eine neue Entwicklung. Herr Minister und verehrte Kolleginnen und Kollegen von FDP und CSU, Sie sind dabei, eine Entwicklung zu verschlafen. Sie haben nicht gemerkt, dass der Zug seit einiger Zeit in eine ganz andere Richtung fährt, nämlich weg von Studiengebühren, weg von der Privatisierung der Bildungskosten. Sie haben diese Bewegung verschlafen. Das wird Ihnen einmal schwer auf die Füße fallen.

Sie merken es vielleicht jetzt noch nicht, weil wir im Moment mehr Studienanfänger haben. Es ist aber keine große Kunst, zu erkennen, warum die Verhältnisse jetzt so sind. Es ist Folge einer völlig undurchdachten Politik, der überstürzten Einführung des G 8. Durch diese Politik, auf die die meisten nicht vorbereitet waren, hat man eine größere Zahl von Studienanfängern produziert. Sie sagen vielleicht: Es passiert auch in Zukunft schon nichts; die Studierenden werden nicht abwandern. In eine solche Ruhe sollten Sie sich nicht begeben.

Ich sage Ihnen: Wachen Sie auf! Kommen Sie von Ihrem hohen Ross herunter! Sie tun immer so, als wenn Bayern nichts zu machen brauche, weil die Unis so toll und so exzellent seien, dass die Leute von allein kommen.

Ich rate Ihnen, sich einmal anzuschauen, wer in Bayern und speziell auch in München studiert. Natürlich sind die TU und die LMU noch gut besucht; sie haben einen guten Zulauf. Aber schauen Sie doch einmal hin, um wen es sich da handelt. In Zukunft werden dort nicht diejenigen studieren, die die besten Köpfe sind, sondern nur diejenigen, die es sich leisten können.

Wenn Sie das wollen, dann machen Sie so weiter! Wenn Sie wollen, dass in Bayern nur noch diejenigen an den Hochschulen studieren, die es sich leisten können, dann gehen alle anderen in die anderen Bundesländer. Denn demnächst werden bald alle anderen Bundesländer keine Studiengebühren mehr erheben. Wenn Sie so weitermachen wie bisher, dann schadet uns das. Es schadet unserem Land und den jungen Menschen, die hier leben, bleiben und studieren wollen, übrigens auch denen, die neu

nach Bayern kommen wollen. Diese werden sich überlegen, ob sie an unsere Hochschulen gehen, wo sie mehr zahlen müssen als woanders, wo die Qualität der unsrigen nicht nachsteht. Sie brauchen sich nur die Meldungen von heute anzusehen. Nach einer Meldung rechnet die Uni Salzburg für das Wintersemester mit einem Ansturm von Studierenden aus Bayern. Warum? Weil man dort keine Studiengebühren zahlen muss. Lesen Sie die Meldung! Sie ist heute gekommen.

Die Entwicklung wird so weitergehen. Baden-Württemberg macht es Ihnen vor. Sie haben sich doch auch früher an Baden-Württemberg ein Beispiel genommen. Tun Sie das auch jetzt! Ich verweise auf Nordrhein-Westfalen, wo die Studiengebühren abgeschafft werden. Auch Hamburg wird sie abschaffen. Sie werden sehen: Bald stehen Sie allein da. Ich sage Ihnen: Geld wäre genug da. Wo, wenn nicht in Bayern, wäre genug Geld vorhanden, um die Hochschulen ausreichend zu finanzieren?

Sie werfen uns vor, wir stellten Forderungen, ohne zu sagen, wie die Umsetzung finanziert werden soll. Wir haben Ihnen in der Haushaltsberatung aber gesagt, was wir GRÜNEN alles nicht wollen, wofür Sie unnötigerweise Geld ausgeben. Das beginnt beim Straßenbau, geht über Flugverkehrssubventionierungen bis zu unnötigen Subventionierungen in der Wirtschaftsförderung, die nur Mitnahmeeffekte auslösen und ökologisch unsinnige Investitionen sind. Sie kennen unsere Debattenbeiträge dazu.

Wenn wir hier umfassend umsteuern, steht für die Bildung in diesem Land viel Geld zur Verfügung. Wir sollten endlich dazu übergehen, die Umsteuerung einzuleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben nun erneut die Gelegenheit, nachzudenken, umzuschwenken und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Vor allen Dingen aber haben Sie auch die Gelegenheit, Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir werden mehr gut ausgebildete junge Menschen brauchen, auch in Bayern.

Wenn Sie nicht wollen, dass gute junge Leute abwandern, dann schaffen Sie die Studiengebühren ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die letzte Rednerin in dieser Aussprache ist Frau Kollegin Bulfon.

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Aufhänger für diese Diskussion ist die Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg. Ich sage an dieser Stelle: Studiengebühren sind richtig und wichtig. Ich sehe es als außerordentlich wichtig an, dass wir in 20 Jahren sagen können: Wir haben ein Qualitätsmerkmal in der Lehre geschaffen. Ich möchte, dass Studenten aus Bayern international und natürlich auch national auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden.

Es darf nicht sein, dass mir hinter vorgehaltener Hand Universitätsprofessoren sagen: Meine Kinder studieren in England; meine Kinder studieren in den USA. - Wir brauchen in einem föderalen Bildungssystem Qualität. Wir brauchen auch einen Anziehungspunkt. Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die bayerischen Universitäten in der Pflicht. Ich halte es für wichtig, hier Qualitätsstandards zu schaffen. Es darf nicht sein, dass unsere besten Studierenden abwandern. Aber sie tun es, und zwar gehen sie in die USA und nach England. Aber diese Tatsache wollen Sie negieren, indem Sie hier in Deutschland keine Qualitätsstandards schaffen wollen. Das halte ich für unmöglich.

(Beifall bei der FDP)

Sie kennen alle aus Ihrem Bekanntenkreis Menschen, die Ihnen solches hinter vorgehaltener Hand erzählen. Dazu müssen wir eine Gegenoffensive starten. Wir können uns die Abwanderung, die es gibt, nicht leisten.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage auch dies: Studiengebühren sind sozial gerecht. Es ist nicht zu verantworten, dass, während Meister hier für ihre Ausbildung mehrere tausend Euro zahlen müssen, die Studierenden in diesem Land, die zu der späteren Einkommenselite zählen

(Jörg Rohde (FDP): Wenn sie nicht auswandern!)

- ja, dies trifft auf die Studierenden zu, wenn sie nicht auswandern -, die Allgemeinheit zu 100 Prozent mit den Ausbildungskosten belasten. Dies ist sozial ungerecht.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen stehen wir zu dem Drei-Säulen-Modell der Studienfinanzierung. Die eine Säule ist das BAföG. Wir haben es gerade ausgeweitet. Es gibt jetzt mehr Studierende, die BAföG erhalten. Die Mittel dafür wurden in den Haushalt 2011/12 eingestellt. Das gilt auch für den doppelten Abiturjahrgang.

Des Weiteren stehen wir auch zu dem Stipendienwesen, zum Beispiel zum Deutschlandstipendium. Wir halten diese Komponente für richtig und wichtig. Der Freistaat Bayern hat mit dem Max-Weber-Programm vorgesorgt. Denn auch aufgrund dieses Programms gibt es Stipendien für leistungsstarke Studierende.

Dann nenne ich das bayerische Studienbeitragsdarlehen. Hier zeigt sich die soziale Ausgestaltung. Wir wollen den Aufstieg auch derjenigen, die nicht in der Lage sind, die Gebühren aufzubringen. Wir können es uns auch in Bayern nicht leisten, auf Potenzial zu verzichten. Deswegen gibt es das bayerische Studienbeitragsdarlehen. Es besteht die Möglichkeit, kostengünstige Darlehen zu vergeben, die nach einer Karenzzeit von zwei Jahren zurückgezahlt werden. Dafür müssen wir noch mehr Werbung machen. Es ist wichtig, dass hier die Möglichkeit besteht, das Darlehen zurückzuzahlen, wenn man im Beruf steht. Das ist dann kein Problem. Wer keinen Job hat, muss auch nicht zahlen. Insofern ist es wirklich sinnvoll, sich zu informieren und dieses Studienbeitragsdarlehen in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich komme jetzt noch einmal auf die HIS-Studie (Anm.: HIS - Hochschul-Informationssystem) zurück, die im April dieses Jahres durchgeführt wurde. 3 % - es ist klar, es sind 3 % zuviel - nehmen ein Studium in Bayern wegen der Studienbeitragspflicht nicht auf. Für mich ist aber interessanter - das möchte ich noch einmal betonen -, dass 79 % der Abiturienten kein Studium aufnehmen, weil sie sofort Geld verdienen wollen. An diese jungen Menschen müssen wir herantreten, denn es findet sich hier ein großes Potenzial.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil sie Studiengebühren zahlen müssen!  
Manche können sich das nicht leisten!)

Hier muss die Einstellung verändert werden; das halte ich für ganz wichtig.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Es muss klar gesagt werden, dass ein Studium die bessere Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist. Ein Studium ist im Endeffekt auch die bessere Versicherung dafür, mehr Geld zu verdienen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um.

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Vielleicht noch das akademische Viertel.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Es tut mir leid, Ihre Redezeit ist um. Vielleicht aber gibt Ihnen der Kollege Pohl durch eine Zwischenintervention noch zusätzliche Redezeit. Können wir das so machen?

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir hätten noch stundenlang zuhören können! - Alexander König (CSU): Das wäre vielleicht ein zusätzliches Geburtstagsgeschenk!)

Bitte sehr, Herr Kollege Pohl.

**Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ja, liebe Frau Kollegin, so bin ich! - Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Bemerkungen machen.

kungen machen. Erste Bemerkung: Frau Kollegin, Sie haben davon gesprochen, dass die Studienabgänger zur finanziellen Elite Deutschlands gehören. Das möchte ich ein wenig in Frage stellen. Wir können nur von einigen wenigen ausgehen; es gibt viele Akademiker, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören, zumal man auch berücksichtigen muss, dass sie einige Jahre eigene Einkünfte nur aus Ferienjobs während ihres Studiums erzielen können.

Die zweite Bemerkung geht dahin: Sie haben gesagt, wir müssten die Abwanderung junger Studierender ins Ausland verhindern. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Das müssen wir in der Tat im Blick haben. Ich frage Sie allerdings, ob Studiengebühren als eine zusätzliche Belastung das befördern oder verhindern.

Und ich frage Sie des Weiteren Folgendes: Wenn Professoren hinter vorgehaltener Hand sagen, "meine Kinder gehen ins Ausland", warum haben dann die Studiengebühren, die es schon seit 2007 gibt, dies nicht verhindern können?

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Bulfon, jetzt haben Sie noch mal zwei Minuten Redezeit.

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Zunächst möchte ich feststellen, dass die Studierendenzahlen in Bayern ansteigen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Überall ist das der Fall!)

Selbst nach Einführung der Studienbeiträge steigen die Studierendenzahlen an. Das ist ein guter und wichtiger Trend. Trotzdem möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass es tatsächlich das Beispiel des akademischen Taxifahrers gibt. Dennoch belegen alle Studien eindeutig, dass man, wenn man ein Studium abgeschlossen hat, wirklich zu den Besserverdienenden in unserer Gesellschaft gehört. Es gibt, wie gesagt, natürlich Ausnahmen, aber das Gros der Bevölkerung hat mit einem Studienabschluss in der Tat bessere Verdienstmöglichkeiten.

Ich finde, dass diese Tatsache sehr viel stärker in die Öffentlichkeit getragen werden muss und nicht immer nur vom Risiko die Rede sein darf. Sie stellen immer nur das Risiko in den Vordergrund: Es müsse ein Studentenjob gesucht werden, es sei ein langer Weg. Ich meine, dieser lange Weg zahlt sich aus.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was ist mit den Professorenkindern? Das wollte ich wissen und nicht, dass trotz Studienbeiträgen Abwanderungen stattfinden.)

Die Professorenkinder, die abwandern, sind natürlich in der Tat ein Verlust für unser Land. Das sehe ich auch so. Das möchte ich nicht und deshalb halte ich es für sehr wichtig, eine entsprechende Qualität in der Lehre zu schaffen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Trotz Studienbeiträgen wandern die ab!)

Wir müssen die Betreuungsverhältnisse, die Tutorien verkleinern und müssen Möglichkeiten schaffen, die Bibliotheksöffnungszeiten zu verlängern. All das sind die Dinge, die wir uns jetzt aufgrund der Studienbeiträge in Höhe von 150 Millionen Euro leisten können, die direkt an die Universitäten gehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber sie wandern trotzdem seit 2007 weiter ab. )

Das halte ich einfach für sinnvoll.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführenden Ausschuss zu überweisen. - Damit besteht erkennbar Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur**

**Gesetzentwurf der Abgeordneten  
Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer,  
Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)  
Drs. 16/8256**

**zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Christoph Rabenstein**  
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

### **II. Bericht:**

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit haben den Gesetzentwurf mitberaten.  
Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 48. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 133. Sitzung am 28. September 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Gesetzentwurf in seiner 66. Sitzung am 29. September 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 62. Sitzung am 13. Oktober 2011 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Bernd Sibler**  
Vorsitzender

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer, Harald Güller, Franz Maget, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Isabell Zacharias, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Reinhold Strobl, Dr. Linus Förster, Adelheid Rupp, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/8256, 16/9833

### zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Oliver Jörg

Abg. Ulrike Gote

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Annette Bulfon

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Volkmar Halbleib

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Thomas Beyer,  
Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)  
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Abschaffung der  
Studienbeiträge) (Drs. 16/8256)**

**- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner ist Dr. Christoph Rabenstein für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit dem Einbringen dieses Gesetzentwurfs im April 2011 ist schon einige Zeit vergangen, die Argumente auf beiden Seiten sind wohl gleich geblieben. Allerdings hat sich politisch seit April 2011 doch einiges geändert. Es ist Bewegung in die Sache gekommen. Ministerpräsident Seehofer hat die Studiengebühren auf den Prüfstand gestellt, und wir haben auch sehr interessante Entwicklungen innerhalb der FDP.

Die Generalsekretärin der FDP Miriam Gruß hat sich eindeutig für die Abschaffung der Studiengebühren ausgesprochen. Ich möchte sie wörtlich aus der "Süddeutschen Zeitung" zitieren. Sie hat also festgestellt:

Mein Ziel ist es, Bildung in Bayern kostenfrei anzubieten.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, dass von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulausbildung keine Gebühren anfallen sollen.

Wo sie recht hat, hat sie recht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe nur, dass sie ihre Parteifreunde Minister Heubisch und den Faktionsvorsitzenden Hacker mit seiner Fraktion davon überzeugen kann; denn ich glaube, gerade in dieser Frage hat sie die entsprechende Ahnung. Sie ist ja auch familienpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag. Also, liebe Mitglieder aus der FDP-Fraktion, hören Sie auf Miriam Gruß. Schaffen Sie mit uns gemeinsam die Studiengebühren ab.

(Beifall bei der SPD)

Die Argumente brauche ich hier nicht zu vertiefen. Sie sind uns allen bekannt. Studiengebühren sind sozial ungerecht,

(Alexander König (CSU): Quatsch!)

weil sich natürlich die Besserverdienenden leichter tun. Studiengebühren sind außerdem Hürden, die wir aufbauen. Wir müssen aber schauen, dass wir noch mehr qualifizierte Menschen ins Studium bringen.

Das dritte Argument: Wir wissen, dass wir auch in Bayern in Konkurrenz zu anderen Bundesländern stehen. Wir sind die Einzigen, die außer Niedersachsen noch Studiengebühren erheben. Noch haben wir genug Studenten. Das kann sich aber sehr schnell ändern. Dann, glaube ich, wäre es gut, wenn wir mit Universitäten und Fachhochschulen ohne Studiengebühren aufgestellt wären.

Ich sage noch einmal, Studiengebühren sind aus gesellschaftspolitischer, sozialpolitischer und bildungspolitischer Sicht abzulehnen. Deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf eingebracht.

(Beifall bei der SPD)

In die CSU ist Bewegung gekommen. Ministerpräsident Seehofer hat noch vor der Sommerpause die Studiengebühren in Zweifel gezogen. Er hat damit seine Fraktion wieder einmal vor den Kopf gestoßen. Wir haben gemerkt, was für ein Wirrwarr hier

war, keiner wusste mehr recht Bescheid. Es ist natürlich so, dass Ministerpräsident Seehofer vordergründig die Studiengebühren in Zweifel gezogen hat, weil so viele Rücklagen gebildet worden sind. Auf der anderen Seite hat Ministerpräsident Seehofer schon einen Draht zur Bevölkerung. Er weiß, dass sich in Bayern ein Stimmungswandel vollzogen hat. Ich kann dem Ministerpräsidenten nur zurufen: Überzeugen Sie Ihre eigenen Mitstreiter, dass Studiengebühren nicht in Ordnung sind. Schaffen Sie die Studiengebühren in Bayern gemeinsam mit uns ab, sonst werden Sie als Ministerpräsident 2013 abgeschafft. Da bin ich mir sicher.

(Beifall bei der SPD)

Noch ein Wort zu den Gutachten und Umfragen. Die werden sicher heute wieder zitiert werden. Für jedes Gutachten, das sich pro Studiengebühren ausspricht, bringe ich Ihnen fünf Gegengutachten, die genau das andere behaupten. Wir kennen das doch auch bei den Umfragen. Es kommt immer auf drei Dinge an. Erstens, wer gibt die Umfrage oder das Gutachten in Auftrag? Zweitens, wie ist die Fragestellung? Wenn ich frage: Sind Sie für die Abschaffung der Studiengebühren, wenn sich dadurch die Studienbedingungen verschlechtern, dann sagt natürlich jeder Nein. Drittens kommt es natürlich auch darauf an, wen ich frage. Ich kenne eigentlich nur zwei Gruppen, die sich ganz entschieden für Studiengebühren aussprechen. Das sind einmal die Professoren und Hochschulleitungen. Es ist klar, die stehen in Konkurrenz zu anderen Hochschulen. Die sind natürlich froh, wenn ihr Betrieb gut läuft. Deswegen verstehe ich, wenn sie sagen, Studiengebühren brauchen wir. In dieser Woche hat sich in der "Süddeutschen Zeitung" Professor Bierling, ehemaliger Prorektor an der Universität Regensburg, für Studiengebühren ausgesprochen. Wenn man den Artikel genauer liest, weiß man auch warum. Er sagt, ich zitiere wieder wörtlich:

Angesichts der massiven Haushaltsprobleme ist es ohnehin illusorisch zu erwarten, dass die staatlichen Mittel für Bildung in den kommenden Jahren steigen werden.

Und er sagt weiter:

Kompensation ist Augenwischerei.

Wenn ich mir natürlich das von der Staatsregierung erwarte, dann kann ich nicht anders argumentieren. Aber wir als Sozialdemokraten sagen deutlich: Wir wollen die Abschaffung der Studiengebühren, aber gleichzeitig natürlich auch eine Kompensation. Wir haben das auch in den Gesetzentwurf hineingeschrieben. Wir müssen die Ausgaben für die Bildung erhöhen, und die Studiengebühren müssen eins zu eins ersetzt werden. Anders geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Gruppe, die ich ansprechen möchte, sind die Studierenden aus reichem Elternhaus. Natürlich sind die froh, dass sich die Studienbedingungen verbessern. Die 500 Euro Studiengebühren machen denen nichts aus. Das ist die Gruppe, wo die Söhne zum Abitur vom Vater einen Porsche geschenkt bekommen, mit dem sie dann zum Campus fahren.

(Unruhe - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU) - Alexander König (CSU):  
Sie verwechseln das mit Gewerkschaftsfunktionären!)

Natürlich sind die dafür. Es mag sein, Herr Miller, dass ich etwas übertreibe und zuspitze, aber Sie wissen, welche Gruppe ich meine. Fragen wir doch einmal: Ist es gerecht, dass die Studierenden aus reichem Elternhaus von den Studiengebühren der armen Studenten profitieren? Das ist doch in höchstem Maße sozial ungerecht, dass die armen Studenten, die jobben müssen, die sich verschulden müssen, für die reichen Studierenden noch Studiengebühren zahlen müssen. Das ist in höchstem Maße ungerecht.

(Alexander König (CSU): Es gibt das Darlehensprogramm!)

- Ja, mit dem Darlehensprogramm verschulden sie sich. Der Student, der reiche Eltern hat, hat nach seinem Studium überhaupt keine Schulden, und der andere hat einen Schuldenberg. Das ist doch nicht gerecht.

(Georg Schmid (CSU): Das ist wie beim BAföG!)

Wir bleiben dabei und sind froh, dass die anderen Fraktionen mitziehen. Die FREIEN WÄHLER haben das Volksbegehren auf den Weg gebracht. Wir haben die Massenpetition eingereicht, und bei den GRÜNEN ist es auch so, dass ich keinen kenne, der für Studiengebühren eintritt. Das ist auch gut so. Es wird kein Wahlversprechen bleiben, wenn wir sagen, nach der nächsten Wahl werden wir, wenn wir an die Regierung kommen, die Studiengebühren abschaffen und eins zu eins ersetzen. Wir bleiben dabei.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für die CSU-Fraktion darf ich nun dem Kollegen Oliver Jörg das Wort geben. Bitte schön.

**Oliver Jörg (CSU):** Geschätztes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es mittlerweile nicht mehr hören.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir auch nicht!)

Das Gesellschaftsmodell, das die SPD hier aufbaut, basiert nur auf Vollversorgermentalität. All-inclusiv-Pakete!

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist eine Lüge! - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um darauf einzugehen, was Studienbeiträge für ein Gesellschaftsmodell leisten und welche Auswirkungen sie auf den einzelnen Studierenden haben oder auch nicht haben. Das Gesellschaftsmodell, das Sie dem Verantwortungsträger von morgen auf den Weg geben, lautet in der Tat: Ihr kriegt alles umsonst.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die zahlen doch dafür!)

Wollen Sie die Studiengebühren jetzt abschaffen oder beibehalten?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie lügen! Das gibt es nicht! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Revolution! - Glocke des Präsidenten)

Ein Studium hat zwei Dimensionen. Gesamtgesellschaftlich bringt es uns etwas, gut ausgebildete junge Menschen zu haben. Herr Kollege Dr. Fahn, der einzelne Studierende profitiert ebenfalls auf seinem Lebensweg von seinem Studium. Das ist die andere Dimension.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warten Sie ab, bis Sie für Ihre Kinder zahlen müssen! - Georg Schmid (CSU): Vorsicht, das geht auf das Herz! - Alexander König (CSU): Das macht Falten!)

Der einzelne Studierende profitiert von einer guten Grundausbildung, die ihn für die Arbeits- und Wirtschaftswelt rüstet. Frau Kollegin Dr. Bulfon, Sie haben das letzte Woche gut ausgeführt. Es ist gerechtfertigt, dass der Studierende vor diesem Hintergrund einen eigenen überschaubaren Beitrag zu seinem Studium leistet.

Jetzt komme ich zu Ihrem Porschefahrer. Wo ist er?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ist gerade weggefahren!)

- Jetzt ist er weg. Es wundert mich schon, dass die SPD von Steuerzahlern, die zwar nicht viel Steuern zahlen, jedoch ihren Beitrag leisten, verlangt, das Studium für alle zu finanzieren, und von einem porschefahrenden Studenten keinen eigenen Anteil erwartet. Erklären Sie das einmal? Ist das sozial gerecht? - Das ist sozial nicht gerecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auf die aktuellen Studien muss ich nicht weiter eingehen. Die sind hinreichend bekannt. Es ist nun klar, dass Studienbeiträge überhaupt keine sozialen Barrieren auf-

bauen. Dankenswerterweise hat dies Herr Kollege Sibler letzte Woche ausführlich begründet. Die Studienbereitschaft ist seit der Einführung der Studienbeiträge sogar noch gestiegen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erhöhen Sie doch die Studiengebühren! Dann wollen noch mehr Leute studieren!)

- Ich wundere mich über den Vorschlag der SPD, die Studienbeiträge zu erhöhen.

(Markus Rinderspacher (SPD): So ein Quatsch!)

Im Gegenteil. Das ist eine spannende Diskussion. Wie hoch können und sollen die Studienbeiträge ausfallen? Dies müssen Sie mit der Frage koppeln: Wie werden die Studiengebühren verwendet? Werden sie sinnvoll verwendet und ausgegeben? Damit sind wir bei einem Punkt, den wir durchaus beleuchten müssen. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Hochschulen 100 Millionen - jetzt nur noch 60 Millionen - horten. Das war nicht im Sinne des Erfinders. Wir müssen darauf achten, dass diese Rücklagen umgehend rückgeführt werden. Dass wir einen kleinen Puffer von 10 bis 15 % an den Hochschulen benötigen, wissen Sie ganz genau. Eine Hochschule geht in Abstimmung mit den Studierenden langfristige vertragliche Bindungen ein. Zu denken ist an das Personal oder an die Projekte, die beispielsweise ein Jahr und länger laufen. Wenn es die Hochschulen nicht schaffen, innerhalb der nächsten Monate die Rücklagen massiv abzubauen, müssen wir überlegen, wie wir weitermachen.

(Susann Biedefeld (SPD): Genau!)

Studiengebühren bauen keine sozialen Barrieren auf.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben letzte Woche nichts verstanden!)

Frau Kollegin, es gibt Ausnahmetatbestände. Wenn Sie als Studentin ein Kind haben, zahlen Sie keine Studienbeiträge. Eine Familie mit drei Kindern zahlt für das dritte

Kind, wenn bereits zwei Kinder studieren, keine Studienbeiträge. Summa summarum zahlen 30 % aller Studierenden keine Studienbeiträge.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Lesen Sie doch die Statistik! - Alexander König (CSU):  
Melden Sie sich doch zu Wort! Kann man da nicht einschreiten?)

- Das stört mich nicht. Im Gegenteil, das macht es erst recht interessant.

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Jörg hat das Wort. Der Redebeitrag wird nur hin und wieder von Zwischenrufen unterbrochen.

**Oliver Jörg (CSU):** Die Studierenden haben die Option, ein Darlehen in Anspruch zu nehmen. Die wirtschaftliche Situation wird nicht überprüft. Sie können das Darlehen auch noch 25 Jahre nach dem Studium zurückzahlen. Wenn sie kein entsprechendes Einkommen generieren können, kann die Rückzahlung des Darlehens gestundet werden. Wenn sie über eine bestimmte Verdienstgrenze nicht hinwegkommen - Herr Staatsminister, die liegt bei einem verheirateten Paar mit zwei Kindern bei 2.500 Euro. Zudem kann die Härtefallklausel in Anspruch genommen werden. Im Hochschulausschuss habe ich angedeutet, dass wir bei denjenigen Fällen, die durch die Härtefallklausel nicht abgedeckt werden und die durch das Raster fallen - die kann man namentlich aufzählen -, ansetzen und auch hier noch eine Lösung suchen sollten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, ich denke man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Studienbeiträge in Bayern so sozial ausgestaltet sind, dass sie keine sozialen Barrieren darstellen. Das haben wissenschaftliche Erhebungen bestätigt. Wenn man das Studium nicht schultern kann oder nicht schultern will, besteht die Möglichkeit, ein Darlehen aufzunehmen. Studierende können die Studienbeiträge später zurückzahlen. Wenn es die Vermögensverhältnisse nicht zulassen, kann das Darlehen gestundet werden oder möglicherweise ganz auslaufen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich denke, heute wird eine breite Mehrheit den Gesetzentwurf ablehnen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber Ihre Rede wird zitiert werden!)

Wir werden Ihren Gesetzentwurf wieder ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zuerst hat sich der Kollege Rabenstein von der SPD gemeldet. Sie haben das Wort.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Heute haben Sie noch eine breite Mehrheit - das mag sein. Schauen wir mal, wie lang die breite Mehrheit noch vorhanden ist. Ich wollte etwas zu dem Porschefahrer sagen. Noch einmal: Das war nur ein Bild. In unserer Fraktion haben wir selber Porschefahrer. Ich habe absolut nichts gegen Porschefahrer. Ich selber fahre ein repräsentatives Auto, einen VW Passat. Entscheidend ist jedoch, warum steuerfinanzierte Beiträge einfach sozial gerechter sind.

**Oliver Jörg (CSU):** Sind sie nicht.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Darauf möchte ich noch einmal eingehen, weil Sie das falsch verstanden haben. Trotz aller Ausnahmen zahlen viele Studierende, denen es finanziell nicht gut geht, diese 400 oder 500 Euro, genauso wie der Sohn oder die Tochter des Herrn Abgeordneten. Das haben wir jetzt. Bei den Steuern ist es so, dass derjenige, der viel verdient, auch mehr Steuern zahlt. Wer wenig verdient, zahlt insgesamt weniger Steuern oder überhaupt keine. Deswegen ist das steuerfinanzierte Aufkommen für die Bildung einfach gerechter, als den Beitrag von jedem Einzelnen trotz vieler Ausnahmen gleich zu kassieren. Deswegen sind wir für die Abschaffung der Studiengebühren; sie sind sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Kollege Jörg, zur Erwiderung bitte.

**Oliver Jörg (CSU):** Herr Kollege, da stoßen zwei Verständnisswelten aufeinander.

(Zurufe von der CSU und der SPD - Unruhe)

Das kann man auch einmal so stehen lassen. Ich finde in der Tat aus voller Überzeugung das steuerfinanzierte System überhaupt nicht gerechter. Wenn Sie in diesem Bildungsbereich nicht einmal einen überschaubaren Eigenanteil verlangen, dann verzichten Sie darauf, von den Menschen Eigenverantwortung zu fordern.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):

Dann müsst ihr in der Hauptschule auch Schulgeld einführen! - Unruhe)

Eigenverantwortung war in der deutschen und bayerischen Geschichte immer noch eine gute Triebfeder, um ein Land voranzubringen.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank. Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Gote für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Kollege Jörg, nach den Ausführungen frage ich mich wirklich: Wo leben Sie eigentlich?

(Oliver Jörg (CSU): In Würzburg! - Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Sie haben doch von der Realität überhaupt keine Ahnung. Wenn Sie hier behaupten, dass es normal wäre, dass man einen geringen Kostenbetrag zum Studium leisten müsste, dann frage ich mich - -

(Oliver Jörg (CSU): "Überschaubar", korrekt zitieren!)

- Darf ich jetzt bitte mal reden, ohne dass Sie mir dreinreden?

(Lachen und lebhafter Widerspruch bei der CSU - Unruhe - Oliver Jörg (CSU):

Sie sind ja schon humorvoll veranlagt!)

Ich darf Ihnen erklären - vielleicht verstehen Sie es dann endlich -, dass in Deutschland die Hälfte aller Kosten eines Studiums die Familien und die Studierenden tragen, und zwar ohne Studiengebühren, Herr Jörg. Wissen Sie denn nicht, dass Studieren im Monat mindestens 700 Euro kostet, die allein die Familien und die Studierenden aufbringen? Die Mehrzahl der Studierenden muss nebenher arbeiten, und die Eltern, häufig die Großeltern und sonst wer zahlen dafür. Das ist die Realität. Wenn da noch 500 Euro draufgesetzt werden, macht es das nur noch schlimmer.

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

Die Ungerechtigkeit, das sage ich ganz klar, würde auch bleiben, wenn die 500 Euro weg wären. Der eigentliche Skandal besteht darin, dass man sich bei uns ein Studium nur dann leisten kann, wenn man entweder ganz arm ist.

(Josef Miller (CSU): Das stimmt doch nicht, wo leben Sie denn!)

Dann bekommt man nämlich BAföG und dann ist man fein raus. Das sind ganz wenige, und das wissen Sie auch.

(Anhaltende Unruhe)

Oder man hat eine Familie im Hintergrund, die monatlich 700 Euro aufbringen kann. Ihre Kinder sind noch klein. Warten Sie mal, bis die groß sind. Dann machen Sie vielleicht eine andere Rechnung auf.

Ich will nur, dass Sie endlich aufhören zu behaupten, ein Studium in Deutschland und in Bayern wäre kostenlos und diejenigen, die studieren, würden keinen finanziellen Beitrag dazu leisten. Das ist eine glatte Lüge. Das muss ich hier so deutlich sagen. Die Familien bringen 700 Euro Monat für Monat auf, und da haben Sie die Dreistigkeit, die Studiengebühren noch draufzusatteln. Schaffen Sie die Studiengebühren sofort ab und sorgen Sie für eine vernünftige Studienfinanzierung auf Bundesebene! Wir GRÜNE haben dazu Vorschläge gemacht, wie das gehen könnte.

(Georg Schmid (CSU): Vorschläge schon, aber nicht, wer es zahlt!)

Behaupten Sie aber nicht mehr, ein Studium würde nichts kosten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Herr Jörg, bitte.

**Oliver Jörg (CSU):** Sie können mir nicht vorschreiben, was ich behaupten darf und was nicht. Muss man auf eine solche Polemik überhaupt antworten? - Ich würde sagen: eher nein. Machen Sie sich einmal die Mühe, meinen Lebenslauf durchzulesen, dann sehen Sie, dass ich eigenverantwortlich studiert habe.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mich selbst durch das Studium geschlagen, und ich weiß, was das kostet. Hätte es zu meiner Zeit Studienbeiträge gegeben, hätte ich ein Darlehen in Anspruch genommen und es mittlerweile zurückgezahlt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FREIEN WÄHLER darf ich nun Herrn Dr. Hans Jürgen Fahn das Wort geben. Ich bitte alle Beteiligten, dieses Mal mit Zwischenrufen nicht so exzessiv umzugehen; das waren eben doch ein bisschen viele.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Wer weiß? - Es gibt zwei Seiten des Hauses. Bitte schön, Herr Dr. Fahn, Sie haben das Wort.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Jörg, halten Sie mal den Ball ein bisschen flach. Sie sind auch ein Mann des Ehrenamtes und haben zum Thema Ehrenamt viele Anträge für die Sitzung des Sozial-

ausschusses am nächsten Donnerstag eingebracht. Untersuchungen haben ergeben, dass die Freizeit von Schülern und Studenten immer geringer geworden ist.

(Zurufe von der CSU: Oh, ach!)

- Die Ursache bei den Schülern ist das G 8. Die Freizeit der Studenten ist durch die Verschulung des Studiums geringer geworden, und auch die Studiengebühren spielen eine große Rolle. Deswegen ist die ehrenamtliche Tätigkeit gerade unter den Studenten geringer geworden. Das müssten Sie aber doch unterstützen; denn Sie sind ein Mann des Ehrenamtes.

Wir als FREIE WÄHLER lehnen das Darlehen ab, weil dabei so viele Bedingungen zu beachten sind und so viel Bürokratie damit verbunden ist. Herr Jörg, wissen Sie eigentlich, dass nur 5 % der Studenten das Darlehen in Anspruch nehmen? Da wird immer gesagt, dass das so toll ist. Wenn es wirklich so toll wäre, dann würden es doch viel mehr Studierende in Anspruch nehmen.

Warum sind Studiengebühren so umstritten? - Ein Grund sind die Schweizer Geldtresore, wie wir immer gesagt haben. Das sind die vielen Millionen, welche die Universitäten angehäuft haben. Wenn die Opposition das nicht permanent angeprangert hätte, hätte der Wissenschaftsminister oder der Ministerpräsident gewiss nicht gesagt, dass das abgebaut werden muss. Dazu sind Sie jetzt auf dem Weg, aber sonst hätten Sie das nicht gemacht. Ein weiterer Grund ist die fehlende Transparenz; das muss ich ganz klar sagen. Die Studenten wollen nämlich Transparenz. Sie wollen wissen, was mit ihren Studiengebühren passiert und wie sie verwendet werden. Ich habe am 12.01.2011 eine Schriftliche Anfrage gestellt. Unter anderem fragte ich nach den Ursachen für diese Geldanhäufung. In Frage 4 wollte ich wissen, welche Einzelmaßnahmen aus den Einnahmen der Studiengebühren die staatlichen Hochschulen im Jahr 2010 zur Verbesserung der Studienbedingungen durchführten. Diese Anfrage habe ich am 12.01.2011 gestellt. Zweimal hat das Ministerium eine Fristverlängerung bean-

trägt. Bis heute ist diese Frage, um die es eigentlich geht, vom Ministerium nicht beantwortet.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir haben vor drei Tagen wieder angerufen, und man hat uns gesagt, die Antwort kommt in den nächsten Tagen. Es ist doch ein Skandal, Herr Wissenschaftsminister, dass Sie es nach zehn Monaten immer noch nicht geschafft haben, diese Übersicht zu liefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU - Unruhe)

Wenn es ein Ministerium nicht schafft, innerhalb von zehn Monaten die Verwendung der Studiengebühren detailliert zu dokumentieren und damit die notwendige Transparenz zu gewährleisten, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Studiengebühren bei den Studenten und in der Bevölkerung keine Akzeptanz finden. Das wird von Untersuchungen der Universität Hohenheim immer wieder bestätigt. Die Studenten wollen zeitnah genau wissen, wie die Studiengebühren verwendet werden; dann würden sie diese vielleicht akzeptieren. Das ist de facto nicht der Fall. Über 5.000 persönliche Interviews wurden geführt: Nur 20 % der Studenten fühlen sich ausreichend über die Verwendung der Studiengebühren informiert. Bundesweit betrachten sich 85 % der Studierenden als nicht ausreichend darüber informiert.

Herr Jörg, ich habe ein Zitat von Ihnen gefunden. Sie haben im Hochschulausschuss gesagt, Sie seien ein Transparenzfan; so steht es im Protokoll. Gleichzeitig sind Sie gegen die Transparenz, wenn die Hochschulen einmal jährlich Rechenschaft über die Verwendung der Studiengebühren abgeben müssen. Das ist doch ein Widerspruch. So kann es nicht sein. Die Studenten wünschen Transparenz und eine zeitnahe Unterrichtung über die Verwendung der Studiengebühren. Genau das fehlt aber in Bayern. Deshalb haben Studiengebühren einen so schlechten Ruf.

Klar, heute bekommen Sie die Mehrheit. Jetzt aber wird das Volk sprechen. Wir haben das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren jetzt angeleiert. Die notwendigen 25.000 Unterschriften werden wir in Kürze vorlegen. Die SPD macht eine Massenpetition, und die ÖDP macht die Popularklage. Dann werden wir sehen, was kommt. Wir sind uns dessen sicher, dass das wirklich ein Thema ist, das die Bevölkerung interessiert. Wir werden das abschaffen. Wir haben es so gestaltet, dass wir möglichst keine juristischen Bedenken befürchten müssen.

Wir kennen auch die Denkweise des Herrn Ministerpräsidenten, der vielleicht beabsichtigt, sich später irgendwann, vielleicht in den nächsten zwei Jahren, an die Spitze des Zuges zu stellen und kurz vor der nächsten Landtagswahl die Abschaffung der Studiengebühren zu verkünden. Wir halten das für ein durchschaubares Manöver und werden es durchkreuzen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Deswegen kreuzen im Moment viele Bürger das entsprechende Feld an.

(Alexander König (CSU): Verratet nicht gleich eure ganze Strategie!)

Wir wollen eine ehrliche Politik vor und nach der Wahl machen. Wir haben vor der Wahl gesagt, dass wir für die Abschaffung der Studiengebühren sind, und wir sagen nach der Wahl, dass wir gegen die Studiengebühren sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ehe ich Frau Gote das Wort erteile, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Angelika Weikert und anderer und Fraktion der SPD zur Sicherung von Tariftreue und Mindestlohn, ökologischen Kriterien und Frauenförderung bei Auftragsvergaben des Freistaats und der Kommunen bekannt, Drucksache 16/6700. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 105 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Da wir jetzt gesehen haben, dass nach unserem Auszählverfahren prima ausgezählt werden kann, hat die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Gesetzentwurf der SPD beantragt. Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Frau Gote vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der CSU: Bitte einen mäßigeren Ton!)

**Ulrike Gote (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eben noch zu Kollegen Hacker gesagt: Was soll ich denn machen? Mir fällt auch nicht jede Woche etwas Neues zu den Studiengebühren ein. Kollege Jörg hat mich gerade eines Besseren belehrt. Man kann nicht häufig genug mit Ihnen über Studiengebühren debattieren; denn aus den vorangegangenen Debatten bleibt offensichtlich immer nur wenig hängen.

Wir diskutieren über dieses Thema hier schon seit vielen Jahren. Von den Fraktionen wurden bereits einige Initiativen gegen die Studiengebühren genannt. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir schon sehr früh, nämlich 2005, mit der Debatte angefangen haben. Wir haben in der 15. Legislaturperiode sechs parlamentarische Initiativen gegen Studiengebühren eingebracht. In der jetzt laufenden Legislaturperiode waren es bereits sieben. Den letzten Gesetzentwurf hatten wir GRÜNE vor der Sommerpause eingebracht. Selbstverständlich werden wir mit großer Freude und voller Überzeugung dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen. Wir freuen uns auch schon auf den nächsten, sollte der jetzt vorliegende Gesetzentwurf heute wider Erwarten doch keine Mehrheit finden. Sie brauchen offensichtlich weitere Entscheidungshilfen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, um endlich auf den richtigen Weg zu kommen.

(Peter Winter (CSU): Nicht von Ihnen! - Zuruf von den GRÜNEN: Von wem dann?)

Ich habe schon beim letzten Mal verschiedene Statistiken erläutert, die Sie eigentlich zum Nachdenken hätten bringen müssen. Bei Kollegen Jörg haben Sie nicht gefruchtet. Kollege Sibler hat letzte Woche auf das WZB-Positionspapier verwiesen, worüber in der "taz" am selben Tag berichtet wurde. Deshalb möchte ich heute dazu einige Erläuterungen geben; denn es wurde von Ihrer Seite wieder behauptet, zahlreiche Studien belegten, dass Studiengebühren nicht abschreckend wirken. Dem ist nicht so.

Das WZB ist ein akademischer Think Tank mit hoher Glaubwürdigkeit und gutem Renommee. Deswegen lehnen auch wir nicht alles schlichtweg ab, was dort gesagt wird, sondern wir schauen es uns genau an. Das habe ich beim letzten Mal schon gesagt. Bei dem WZB-Papier handelt es sich aber nicht um eine eigenständige Erhebung, sondern nur um die Auswertung bereits erhobener Daten, deren Schwächen im Papier selbst von den Autoren und Autorinnen benannt werden. So wird zum Beispiel darauf verwiesen, dass die Ergebnisse deshalb schwierig einzuordnen seien, weil der Vergleich über mehrere Jahrgänge wegen unterschiedlicher Untersuchungsdesigns sehr schwierig sei. Wie gesagt, es handelt sich bei diesem Papier nur um eine Zweitauswertung verschiedener Studien. Außerdem handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Veröffentlichung, die wissenschaftlich geprüft worden ist. Es handelt sich nur um eine Vorabversion, die auch noch kein Peer-Review-Verfahren durchlaufen hat. Sie als Mitglieder des Hochschulausschusses sollten wissen, wie man solche Papiere zu bewerten hat.

Jetzt möchte ich darauf hinweisen, dass die Autorinnen und Autoren selber ein paar Einschränkungen zu ihren Ergebnissen ausdrücklich benennen. Dann sage ich Ihnen, was ausdrücklich nicht betrachtet wurde, was aber immer zu unseren Argumenten gegen Studiengebühren zählte.

Zur Studierneigung. Es werden keine Daten von eingeschriebenen Studierenden mit einbezogen. In diesem Zusammenhang wird in der Studie eingeräumt, dass zwischen der geplanten und der tatsächlich realisierten Studienaufnahme zwar eine hohe Über-

einstimmung bestehe, dass es jedoch einen Unterschied gebe. Man kann also nicht einfach Rückschlüsse daraus ziehen, wie Sie es gemacht haben.

Nicht untersucht werden die Auswirkungen der Studiengebühren auf den Studienabbruch. Das ist ganz wichtig; denn 19 % der Studienabbrecher geben nach einer HIS-Untersuchung an, dass sie ihr Hochschulstudium aufgrund finanzieller Bedingungen abbrechen. Studiengebühren als zusätzliche finanzielle Belastung tragen dazu erheblich bei.

Nicht aufgezeigt wird, ob die Ertragserwartungen wegen der Schulden am Ende des Studiums negativer bewertet werden als vor dem Studium. Für Studierende, die ihr Studium durch Kredit finanzieren, wird das Verschuldensrisiko nach dem Studium erhöht. Das vergessen Sie immer. Gerade in den jungen Jahren, wenn das Studium zu Ende ist, hat man in der Familiengründungsphase und der Berufseinstiegsphase einen höheren Finanzbedarf, sodass man oft auf Kredite zurückgreifen muss. Wenn man dann schon mit Schulden startet, hat man natürlich einen schlechteren Stand. Durch das Verschuldensrisiko werden gesellschaftliche Kosten individualisiert. Das sollten wir beachten. Prinzipiell ist es unsinnig, Studierenden, die noch kein gesichertes Einkommen haben, für ein Studium Kredite aufzunötigen. Die Wirtschaftskrise müsste eigentlich uns allen zeigen, dass wir mit Krediten vorsichtiger umgehen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Generell bleibt zu bezweifeln, dass sich Studienberechtigte aufgrund eines Kosten-Nutzen-Kalküls in rationaler Abwägung, quasi als Homo oeconomicus, für ein Studium entscheiden. So jedenfalls hat es Kollege Jörg gerade dargestellt. Sie wissen auch aus der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, dass das Bild einer rationalen Entscheidung von Menschen einfach nicht die Wirklichkeit ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So könnte ich noch einiges sagen - auch zu den Wanderungsbewegungen. Die Studie selber stellt sogar Wanderungsbewegungen fest. Selbst wenn es nur zwei oder vier Prozent sind, jeder, der nicht zum Studieren kommt, ist einer zuviel. Das müsste uns eigentlich Sorge machen. Solange die Studienanfängerquote in Deutschland im internationalen Vergleich so niedrig liegt und solange es um die soziale Chancengleichheit so schlecht steht, ist jeder im Diskussionspapier eingeräumte negative Anreiz durch Erhöhung der Studienkosten, damit auch durch Studiengebühren, ein Weg in die falsche Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hierüber sollten Sie bitte bis zur nächsten Debatte nachdenken.

Jetzt noch etwas zur Realität an den Hochschulen im laufenden Wintersemester, das gerade begonnen hat. Herr Minister, Sie sagen immer, mit den Studiengebühren sollten die Studienbedingungen verbessert werden. Herr Minister, die Studienbedingungen an bayerischen Hochschulen sind so schlecht wie nie zuvor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Beispiel ist Bamberg. Vielleicht haben Sie den Pressespiegel gelesen. Wegen Überfüllung wurde der Hörsaal geräumt. Der Start ins Semester endete für Hunderte von jungen Menschen an der Universität im Chaos. Rund 1.100 Studenten wollten die Einführungsvorlesung für Betriebswirtschaft im Audimax besuchen, doch dort ist nur Platz für 500 Personen. Wie der "Fränkische Tag" berichtete, herrschte heilloses Gedränge schon auf den Gängen. Im Hörsaal saßen Studenten zwischen den Stühlen, auf dem Boden, auf der Bühne und sogar hinter der Leinwand. Der Professor musste über Tische klettern, um zu seinem Vorlesungspult vorzudringen. Aus Sicherheitsgründen brach dieser die Vorlesung nach einer Viertelstunde ab. Das ist die Realität in Bamberg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aber nicht nur ein Fall. Andere Studierende müssen in Kinosäle ausweichen, andere wiederum bekommen die Vorlesung nur auf der Leinwand übertragen. Dass die Studierenden auf dem Boden sitzen, gehört überall zur Realität. Da sagen Sie, die Studiengebühren hätten in den letzten Jahren zu besseren Verhältnissen geführt. Die Verhältnisse sind schlechter geworden.

Am meisten ärgert mich, dass der Präsident der Universität Bamberg am Tag zuvor noch erzählt hat, dass es an den Hochschulen keine Probleme gebe, dass sie alles bestens schultern würden. Deshalb sage ich an diese Herren - mit einer oder mit zwei Ausnahmen, wenn man die Bundeswehr-Uni noch mit dazu nimmt: So kann es nicht gehen. Sagen Sie endlich, was wahr ist, und sagen Sie, was an den Hochschulen wirklich gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich kann mir schon vorstellen, warum die Hochschulrektoren das nicht machen. Sie trauen Ihnen einfach nicht. Deshalb sagen sie auch, dass sie die Studiengebühren brauchen, dass sie nicht abgeschafft werden sollen. Sie brauchen das Geld. Wenn an den Hochschulen solche chaotischen Zustände herrschen, brauchen sie das Geld. Sie trauen Ihnen nicht zu, dass Sie für finanziellen Ausgleich sorgen, wenn die Studiengebühren abgeschafft würden. Die Beispiele in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen zeigen aber, dass durch die Gesetze, mit denen dort die Studiengebühren abgeschafft wurden, der finanzielle Ausgleich sichergestellt wurde und dass darüber hinaus sogar eine verbesserte finanzielle Grundfinanzierung der Hochschulen ermöglicht wurde. Genau diesen Weg werden wir gehen. Wenn wir es bis 2013 noch nicht geschafft haben, werden wir es nach 2013 tun. Sie werden es erleben. Studiengebühren sind jedenfalls völlig falsch, sie sind kontraproduktiv und gehören schnellstmöglich abgeschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN - Renate Will (FDP): Es sind keine Studiengebühren, sondern Studienbeiträge!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Für die FDP-Fraktion darf ich Frau Kollegin Bulfon ans Pult bitten.

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zum Ersten möchte ich darauf hinweisen, dass wir mit der Studierendenzahl nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland ein historisches Hoch erreicht haben. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der doppelte Abiturjahrgang, der jetzt an unsere Hochschulen gekommen ist, sehr geräuschlos sein Studium aufnehmen konnte.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich denke, dies ist ein ganz großer Erfolg unseres Wissenschaftsministers Dr. Wolfgang Heubisch. Ich möchte mir das von Ihnen in gar keiner Weise kleinreden lassen. Das ist wirklich perfekt über die Bühne gegangen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Haben Sie nicht zugehört? Was war daran denn perfekt?)

- Organisatorisch ist das hervorragend gelaufen. Deshalb tritt auch eine Beruhigung an unseren Hochschulen ein.

Frau Kollegin Gote, ich möchte eine Unterscheidung treffen. Sie sprechen immer von Kosten. Es gibt die Unterhaltskosten, und es gibt die Kosten für ein Studium. Welche Kosten meinen Sie denn? Die Kosten für ein Studium sind, wie ich bereits ausgeführt habe, enorm hoch.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Beide Kosten werden in Euro berechnet!)

- Beides kostet Geld. Das ist mir auch klar. Ich rechne auch mit Geld, das dürfen Sie mir glauben. Diese Unterscheidung hätte ich doch gerne von Ihnen gehört.

Natürlich ist es so, dass die Unterhaltskosten - dies gilt auch für Nichtstudenten - von den Eltern bezahlt werden. Das ist fast eine elterliche Aufgabe. Wenn die Studenten in

eine andere Stadt gehen, erhalten sie BAföG. Bayern hat seinen Anteil, was das BAföG betrifft, geleistet. Hierfür ist aber der Bund zuständig.

Bringen Sie bitte diese Kosten nicht durcheinander. Ein Medizinstudium kostet 260.000 Euro. Wir fordern in Bayern nur einen gewissen Teilbetrag. Die Studienbeiträge in Bayern sind moderat. Das ist auch gut so. Ich möchte hier keine angelsächsischen Verhältnisse. Diese moderaten Studienbeiträge, die verfassungskonform sind, sind in meinen Augen sozial gerecht.

(Beifall bei der FDP - Natascha Kohnen (SPD): Bitte?)

Ich habe bereits mehrfach gesagt, dass diese moderaten Beiträge richtig und wichtig sind, weil sie die Qualität des Studiums steigern. Sie sind eine Investition in eine bessere Zukunft. Meine Damen und Herren, ihre Abschaffung wäre keinesfalls sozial gerecht. Das wäre auch kein Zeichen für Chancengleichheit. Wir sind ebenfalls für den sozialen Aufstieg.

(Volkmar Halbleib (SPD): George Orwell!)

Uns sind die Studierenden der ersten Generation besonders wichtig. Ich wundere mich, dass Sie darauf überhaupt kein Wort verwendet haben. Das sind Menschen, die in unserem System Anerkennung verdienen. Sie erhalten keine Anerkennung von der Familie, aus der sie kommen. Sie kommen auch in ein Wertesystem, in dem sie nicht anerkannt werden. Diese Studenten der ersten Generation verdienen größte Hochachtung. Ich habe von der SPD noch kein Wort über diese Studenten der ersten Generation gehört. Sie haben für diese Gruppe bislang noch nicht einmal einen Namen gefunden.

(Beifall bei der FDP)

Von Ihrer Seite kommt dazu nichts.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was hätten Sie denn gern von uns gehört? Helfen Sie uns einmal!)

Das ist unangenehm. Das wäre Ihre Aufgabe.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer sind denn für Sie Studenten der ersten Generation?)

- Zu Ihrer Information: Studenten der ersten Generation kommen aus bildungsfernen Schichten. Sie haben es geschafft, diesen sozialen Aufstieg zu bewältigen. Deshalb ist es so wichtig, dass sie an dieser Stelle Anerkennung erfahren. Von Ihnen bekommen sie keine Anerkennung.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Über Studiengebühren wollen Sie das anerkennen?)

Ein weiterer Punkt. Frau Kollegin Gote, Sie wischen die Studien einfach weg. Ich habe von Ihnen nicht gehört, was bei dieser Studie eigentlich herausgekommen ist. Sie haben die ganze Zeit nur darüber geredet, was nicht herausgekommen ist. Es kam nämlich etwas sehr Interessantes heraus. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie schütteln einfach am falschen Baum.

(Beifall bei der FDP)

Sie stehen gerade vor einem Nadelbaum, einer Tanne. Inzwischen weisen drei Schilder zu einem Apfelbaum, nämlich die HIS-Studie, die WZB-Studie und das Monitoring zu den Studienbeiträgen der IHF. Ich möchte Sie dazu bringen, mit mir gemeinsam zu diesem Apfelbaum zu gehen, an diesem Apfelbaum zu schütteln und dadurch die richtigen Erträge für dieses Land Bayern zu erzielen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Gote, was tun Sie? Sie stampfen noch einmal mit dem Fuß auf, schütteln noch einmal feste an der Tanne und erwarten sich Erträge. Ich kann Ihnen prophezeien: Da wird nichts herunterfallen.

(Beifall bei der FDP)

Die WZB-Studie hat festgestellt, dass die Studierneigung in Bundesländern, die Studienbeiträge eingeführt haben, zugenommen hat. Das sollte uns doch zu denken geben.

(Alexander König (CSU): Das sollte uns sehr zu denken geben!)

Ich sage Ihnen, wo die soziale Frage entschieden wird und wo wir die besten Investitionen in Zeiten begrenzter Mittel tätigen können. Das ist nämlich ein anderer Bereich. Hier müssen wir auf die Kindergärten schauen. Ich möchte Ihren Blick in diese Richtung wenden und mit Ihnen dorthin gehen.

(Beifall bei der FDP - Dr. Thomas Beyer (SPD): Dann macht doch einen Gesetzesentwurf dazu! - Markus Rinderspacher (SPD): Da hätten Sie doch in der letzten Woche zustimmen können! Sie haben aber dagegen gestimmt!)

Eine Zusammenfassung: Auch wenn es Ihnen nicht gefällt, Studienbeiträge sind sozial gerecht. Sie verbessern die Qualität der Lehre und stärken uns im internationalen Wettbewerb. Ich möchte offene Hochschulen. Ich möchte Hochschulen, die sich für eine immer heterogener werdende Studierendenschaft öffnen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Bald ist es soweit; dann wird Herr Seehofer Ihre Studiengebühren abschaffen!)

Ich möchte Hochschulen, in die beruflich qualifizierte Menschen aufgenommen werden und in die Menschen aufgenommen werden, die aus der ersten Generation der Studierendenschaft stammen. Ich möchte, dass wir eine Vision entwickeln, dabei aber den internationalen Wettbewerb nicht vernachlässigen. Deswegen glaube ich, dass

moderate Studienbeiträge, wie sie hier in Bayern erhoben werden, wichtig und richtig sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagt Ihnen der Name Miriam Gruß etwas?)

Deswegen möchte ich noch einmal dafür plädieren, diesen Weg weiter zu beschreiten. Wir haben eine differenzierte Studienlandschaft, in der die Qualität der Lehre gesteigert werden soll.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Da sagt Ihre Generalsekretärin aber etwas anderes!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Frau Kollegin Dr. Bulfon, bitte bleiben Sie noch kurz am Pult. Wir haben den Wunsch nach einer Intervention von Herrn Kollegen Dr. Rabenstein.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, stellen Sie doch bitte die Gespräche ein, damit die Zwischenrufe deutlicher durchkommen. Herr Kollege Dr. Rabenstein.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Frau Dr. Bulfon, der Ausdruck "Studenten der ersten Generation" war mir nicht bekannt. Sie haben diesen Ausdruck erklärt und uns aufgefordert, etwas dazu zu sagen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich habe allen Respekt vor denen, die aus sozial schwächeren Familien kommen, sich hocharbeiten und studieren. Leider sind es viel zu wenige, die das schaffen, weil immer noch eine soziale Ungerechtigkeit besteht.

(Beifall bei der SPD)

Wir kennen doch die Zahlen, die besagen, dass Kinder aus sozial schwächeren Familien sechs- oder siebenmal geringere Chancen als Kinder aus dem Bildungsbürgertum oder aus sozial besser gestellten Schichten haben. Das ist das Entscheidende. Wir wollen mit der Abschaffung der Studiengebühren eine höhere Gerechtigkeit erzielen.

Sie haben die Kindergärten angesprochen, die Sie im Blick haben. Sie wollen wohl die Kindergärten kostenfrei gestalten. Ich frage Sie deshalb, warum Sie sich dann gegen unseren Gesetzentwurf zu diesem Thema ausgesprochen haben. Das ist total unverständlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen das wunderbare Zitat Ihrer Generalsekretärin gebracht, die gesagt hat: Mein Ziel ist es, Bildung in Bayern kostenfrei anzubieten, das heißt, von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschulausbildung keine Gebühren zu verlangen. Was sagen Sie denn zu dieser Aussage?

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Christoph, Du weißt doch, dass das nicht alles auf einmal geht!)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Frau Dr. Bulfon zur Erwiderung, bitte.

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Herr Dr. Rabenstein, vielen Dank für diese Fragen. Mir kommt es darauf an, dass Sie mir glauben, dass mir der soziale Aufstieg wichtig ist. Ich glaube aber, dass die Mittel, die Sie anwenden wollen, nicht zum Erfolg führen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie kürzen die Mittel doch!)

Sie schlagen nicht den richtigen Weg ein. Die Studien sind ernst zu nehmen. Wir können nicht einfach sagen: Die interessieren uns nicht. Der Zusammenhang, den Sie konstruieren, stimmt einfach nicht. Viel wichtiger ist es, die Einstellungen im Elternhaus zu vielen Themen zu verändern. Damit kommen wir voran. Das ist sicherlich ein steiniger Weg, aber das ist der erfolgversprechendere Weg.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie können die Einkommen der Eltern nicht ändern!)

Insofern ist es mir für die Bildungsgerechtigkeit sehr viel wichtiger, im Kindergarten anzusetzen.

(Natascha Kohnen (SPD): Dann machen Sie es doch!)

Bildung ist ein Bürgerrecht. Darum muss Bildung offen sein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum machen Sie es nicht?)

Richtige Probleme sind, wenn jemand in Deutsch zu schwach ist oder keine Lesefähigkeit vorhanden ist. Dann geht es erst richtig auseinander.

(Natascha Kohnen (SPD): Warum haben Sie nicht zugestimmt?)

Dann ist das Kind wirklich in den Brunnen gefallen. Dann wird es sehr schwierig, die Sache in den Griff zu bekommen.

(Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Wir müssen in der frühkindlichen Phase ansetzen. Das ist der richtige Weg. Wir sind im Koalitionsausschuss in Verhandlung. Ich plädiere für ein kostenfreies Kindergartenjahr und dafür, dass wir qualitativ nach vorne gehen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Markus Rinderspacher (SPD): Wie sieht es mit den Vorstellungen der Generalsekretärin aus?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Diesmal hat sich Herr Dr. Fahn für die FREIEN WÄHLER gemeldet. Bitte schön.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** Verehrte Frau Dr. Bulfon, ich mache es kurz. Sie haben Ihren Minister so gelobt und gesagt, er habe es perfekt und toll gemacht. Ich stelle an Sie die Frage: Warum ist es Ihrem Minister nicht gelungen, die Schriftliche Anfrage betreffend Verwendung der Studiengebühren für Einzelmaßnahmen nach zehn Monaten zu beantworten?

(Markus Rinderspacher (SPD): Zehn Monate!)

Warum schafft Ihr Ministerium das nicht?

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Dr. Annette Bulfon (FDP):** Herr Dr. Fahn, das muss Herr Minister Heubisch beantworten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich weise darauf hin, dass wir heute nicht mehr zu den Dringlichkeitsanträgen kommen werden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden sie nach der namentlichen Abstimmung in die Ausschüsse verweisen. Dazu gibt es noch eine Abstimmung, an die ich Sie erinnern will.

Jetzt hat für die FREIEN WÄHLER Herr Professor Dr. Piazolo das Wort. Bitte schön.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Dr. Bulfon, das letzte Mal, als uns eine Frau unter einen Apfelbaum führte, hat dies dazu geführt, dass die ganze Menschheit aus dem Paradies geflogen ist.

(Heiterkeit)

Lange ist es her. Ich habe aber den Eindruck, dass die Studierenden im Moment keine paradiesischen Zustände haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wenn wir Studienbeiträge verlangen, soll es auch eine Gegenleistung geben. Ich war in den letzten Tagen an den Hochschulen, habe mir das angesehen und mit den Studierenden gesprochen. Ich sage Ihnen, aber Sie wissen das auch, dass die Studienbedingungen in diesem Semester schlechter sind als im letzten und schlechter als im vorletzten Semester. Wir haben aktuell keine guten Studienbedingungen. Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Frau Gote hat damit schon begonnen.

Das Beispiel Bamberg ist gerade genannt worden. Ein Professor muss über Tische klettern, um überhaupt eine Vorlesung halten zu können, und die wird dann abgebrochen. Dafür verlangen Sie 500 Euro Studiengebühren.

Denken Sie an die Wohnsituation. Es gibt bei uns Studenten, die in Containern wohnen, die keine Wohnungen haben, die zum Teil 50 bis 100 Kilometer zum Studienort fahren müssen. Dafür verlangen Sie 500 Euro Studiengebühren.

(Zuruf von der Ministerbank: Bis zu!)

- Ja, bis zu.

Denken Sie an das Nahverkehrssystem. Sie haben es nicht geschafft, in München ein Semesterticket einzuführen. Die Studierenden müssen dafür zahlen. Trotzdem verlangen Sie bis zu 500 Euro Semestergebühren.

Denken Sie an die Verwaltungen. Ich habe mit mehreren Verwaltungen gesprochen. Früher waren die Verwaltungsstellen vielfach ganztags besetzt, jetzt nur noch halbtags. Die Leute müssen mehr arbeiten. Die Studenten bekommen weniger Leistungen. Dafür verlangen Sie bis zu 500 Euro Studienbeiträge pro Semester.

Schauen Sie sich die Bibliotheken in München an. Gehen Sie in die Staatsbibliothek. Sie werden sehen, dass die Leute keine Plätze haben. Es gibt dort keine Plätze. Das war nicht immer so. Als ich studiert habe, konnte man in der Bayerischen Staatsbibliothek für das Erste und Zweite Staatsexamen lernen. Heute geht das nicht mehr. Das heißt, die Studierenden bekommen keinen Platz, "dürfen" dafür aber bis zu 500 Euro pro Semester zahlen.

Die Aufzählung ist länger. Die Studierenden haben mehr Prüfungen. Sie müssen mehr Scheine machen. Die Studierenden haben kleinere Räume. Die Bedingungen haben sich verschlechtert, aber die Studierenden müssen mehr zahlen. Das geht dramatisch auseinander. Hinzu kommt - darüber haben wir das letzte Mal gesprochen -, dass es nicht genügend Studienplätze gibt für diejenigen, die in Bayern studieren möchten.

Dafür verlangen Sie von den Glücklichen, die in den engen Bedingungen einen Studienplatz bekommen haben, 500 Euro Studiengebühren.

Man kann über alles diskutieren, auch über Geld. Frau Dr. Bulfon, Sie bringen als Beispiel stets den angloamerikanischen Bereich. Ich sage, schauen Sie sich die Hochschulen dort an. Die Bedingungen sind nicht vergleichbar. Ich habe drei oder vier Mal an Hochschulen in Amerika studiert. Schauen Sie sich das an, was dort für die Studiengebühren geleistet wird. Richtig ist, dass dort mehr verlangt wird. Angesichts des doppelten Abiturjahrgangs und der schlechten Bedingungen hätte man hier zumindest für ein Semester die Gebühren aussetzen können, wenn Sie sie nicht ganz abschaffen wollen. Solche Bedingungen zuzulassen und trotzdem Gebühren zu verlangen, widerspricht sich. Die Hochschulpolitiker müssen sich vom Ministerpräsidenten den Weg weisen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

- Wir haben die schlechten Bedingungen. Ich würde an FDP-Stelle aufpassen. Sie widersprechen Ihrer Generalsekretärin ständig. Sie widersprechen Ihrem eigenen Wahlprogramm.

(Zuruf von der FDP)

- Nein, da ich selbst Generalsekretär bin, spreche ich hier und widerspreche mir auch nicht.

(Heiterkeit)

Daher ist das insoweit sicherlich nicht der Fall. Geben Sie sich einen Ruck.

Letzter Satz: Überlegen Sie es sich, tun Sie es, schaffen Sie die Studiengebühren ab und warten Sie nicht bis 2013.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Nun darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Volkmar Halbleib das Wort für eine Minute 20 Sekunden überlassen.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Wir haben zum Thema Studiengebühren zwei merkwürdige Auftritte der Regierungsfractionen erlebt. Zu Frau Dr. Bulfon wurde bereits etwas gesagt. Ich möchte etwas zur Rede des Kollegen Jörg sagen. Es ist erstaunlich, dass er eine vehemente und flammende Rede für die Studiengebühren gehalten hat, während eine weitere Abgeordnete der CSU aus Würzburg - das macht die Sache delikater und interessant - in der gleichen Woche in Würzburg bei einem Festakt beklagt hat, dass wir in Deutschland eine mangelnde Bildungsgerechtigkeit hätten, Bildung hierzulande ein Familienerbe sei, es auf die Herkunft und das Geld ankomme und dass der Anspruch der Bayerischen Verfassung in Bayern nicht eingelöst werde, weil die Wirklichkeit leider oft eine andere sei.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!)

Das nach 54 Jahren CSU-Verantwortung für die Bildung und Hochschulbildung in diesem Land!

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen sich schon entscheiden. Entweder stimmt das, was Frau Präsidentin Barbara Stamm der CSU ins Stammbuch geschrieben hat,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Stimmt!)

dann müssen Sie endlich Bildungsungerechtigkeit abbauen und nicht mit den Studiengebühren erhöhen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Oder es ist reine Rhetorik, dann werden wir dies deutlich machen, und wir werden auch deutlich machen, dass wir einen politischen Wechsel in Bayern brauchen, um die Bildungsungerechtigkeit abzubauen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Abschließend darf ich Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch das Wort erteilen. Danach treten wir unmittelbar in die Abstimmung ein. Wie Sie wissen, müssen wir vor 18.30 Uhr fertig sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wenn es länger dauert? - Zurufe von der SPD)

**Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium):** - Herr Rinderspacher, ich führe meine Rede so fort, wie ich das für richtig halte, und nicht, wie Sie das wollen.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es ziemlich frech, wenn meine Lieblingsoppositionelle, Frau Gote - -

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Doch, das darf man sagen, das weiß Frau Gote auch. Ich finde es wirklich frech, wenn sie sagt, die Universitätsprofessoren würden vor mir zittern und deshalb die Unwahrheit sagen. Also Frau Gote, das ist ein ganz starkes Stück, was Sie hier den Uni-Präsidentinnen und -Präsidenten unterstellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte über den Tagesordnungspunkt abstimmen lassen, deshalb muss ich mich jetzt sehr kurz fassen. Sie haben gesagt, wir werden den Weg von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gehen. Dann will ich Ihnen einmal Folgendes vorlesen:

Zehntausende studieren an den NRW-Unis.

In Baden-Württemberg ist das ähnlich.

Überall im Bundesland schränken die Hochschulen ihre Angebote ein, sie streichen Assistentenstellen, lassen Tutorien ausfallen und kaufen weniger neue Bü-

cher für die Bibliotheken, weil die Einnahmen aus den Studiengebühren wegfallen, fehlt es schlicht an Geld. Allein in der Kölner WISO-Fakultät fallen 10 Assistentenstellen weg.

Das ist die Zukunft à la GRÜNE hier in Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn die GRÜNEN an der Macht sind, dann: Viel Spaß für unsere Studenten! Das ist das Problem!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Nordrhein-Westfalen hat die Studienbeiträge auf 249 Millionen Euro gedeckelt, das macht für die Universitäten und für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein Minus von 19 Millionen Euro in diesem Jahr, und die Mittel werden auch im doppelten Abiturjahrgang im übernächsten Jahr nicht erhöht. Viel Spaß also zum Studieren in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Noch eines, weil es hier heißt, wir hätten schlechte Verhältnisse. Ich habe immer gesagt, es gibt natürlich Knappheit. Aber darf ich Ihnen einmal etwas zu Baden-Württemberg vorlesen?

Heidelberg: fünf Klappbetten und eine Toilette; Tübingen, immer einen gewissen Leerstand, jetzt nicht mehr; Matratzenlager in Freiburg, Notunterkünfte in Konstanz;

Das ist die Wahrheit nach dem Regierungswechsel in diesen Ländern.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe und Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das Erbe!)

So, und nun kommen wir zum versöhnlichen Abschluss für Herr Kollegen Fahn. Herr Kollege Fahn, Sie haben den Großteil der Beantwortung am 04.04.2011 bekommen. Den letzten kleinen Teil, der noch fehlt - seien Sie doch bitte ehrlich -, hat mein Ministerium bereits veranlasst. Sie werden diese Antwort auf Ihre Anfrage also bekommen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber ich habe noch nichts gehört! - Markus Rinderspacher (SPD): Das wird aber auch höchste Zeit!)

Darf ich Ihnen noch einen Tipp geben? - Falls es sich noch nicht herumgesprochen hat: Sie können bei jeder Hochschule und bei jeder Universität im Internet einsehen, wofür die Studienbeträge hergenommen wurden.

(Beifall bei der FDP)

Sie können nachsehen, in welcher Fakultät, in welcher Höhe und zu welchem Datum das Geld verwendet wurde. Das ist Fakt, und das ist die Informationspolitik à la Bayern.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Fahn, wenn es nicht klappt, ich würde Ihnen dabei gerne helfen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Selbstverständlich ist der Antrag der SPD abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich habe eine gute Nachricht für Sie: Die CSU-Fraktion hat ihren Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen. Wir kommen deshalb zu einer einfachen Abstimmung.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh, oh!)

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/8256 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/9833 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe die Stimmen der Oppositionsfraktionen und die Stimme von Frau Dr. Pauli.

(Natascha Kohnen (SPD): Da ist noch eine!)

- Danke, ich habe noch eine CSU-Stimme gesehen. Es sind deutlich mehr Stimmen aus CSU und FDP dagegen, damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Moment, wir haben noch eine Abstimmung, beziehungsweise zwei Abstimmungen durchzuführen. Weil wir die Dringlichkeitsanträge heute nicht behandeln konnten, müssen wir sie den Ausschüssen zuweisen. Ihnen liegt eine Liste vor, für die es hinsichtlich eines Punktes einen Geschäftsordnungsantrag gibt. Wenn Sie schauen, der zweite Punkt von unten, das ist die Nummer 10. Der SPD-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/9921 "Keine Patente auf Saatgut, Tiere und Lebensmittel" soll nicht, wie vorgeschlagen, an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz überwiesen werden, sondern auf Wunsch der SPD federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Das steht zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, diesen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gegenprobe? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Damit bleibt es so, wie es auf der Liste vorgesehen ist.

Ich lasse jetzt über diese Liste abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass die Anträge den ausgedruckten Ausschüssen zugewiesen werden, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das sind alle Fraktionen und Frau Dr. Pauli. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Einige Enthaltungen bei den GRÜNEN. - Nein, das sind Ge-

genstimmen. Dann nehmen wir Gegenstimmen zu Protokoll. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und gegebenenfalls noch einen guten Nachhauseweg. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.26 Uhr)